

grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt

**Mehr Polizeipräsenz in den Strassen
gleich mehr Sicherheit?**



Foto Harald Friedl

Inhalt

| | |
|------------------------------|-------|
| Parkrauminitiative | 2 |
| Sicherheitsinitiative | 3 |
| Verkehrskonzept Gundeli | 4-5 |
| Kampfjets vors Volk | 6 |
| Fessenheim: wie lange noch? | 6 |
| Mega- oder Negawatts? | 7 |
| Positionspapier Finanzmärkte | 8 |
| Zum Nachlesen | 8-9 |
| kant. & nat. Initiativen | 10-11 |
| Infomarkt und Varia | 12 |

Abstimmungen vom 5. Februar
Verkehrskonzept Gundeli
Positionspapier Finanzmärkte

Abstimmungen vom 5. Februar 2012 Parkrauminitiative

Vorneweg: Basel-Stadt hat den niedrigsten Motorisierungsgrad der Schweiz. Während in vielen Kantonen der Bau von Liegenschaften für Wohn-, Arbeits- oder Dienstleistungsnutzung mit der Auflage verbunden ist, eine bestimmte Zahl an Parkplätzen zu erstellen, kennt der Kanton Basel-Stadt gemäss geltender Parkplatzverordnung keine solche Mindestvorgabe, jedoch aber eine Obergrenze an erlaubten Parkplätzen. Grundsätzlich ist es in Basel also erlaubt, ein Haus ohne Abstellplätze für Autos zu bauen.

Die kantonale Volksinitiative „Ja zu Parkraum auf privatem Grund“, welche vom Gewerbeverband lanciert wurde, möchte die geltende Obergrenze abschaffen und es künftig den Investoren überlassen, wie viele Parkplätze erstellt werden. Ausgenommen davon ist die Altstadt. Es geht also nicht um öffentliche Parkplätze, sondern um solche auf Privatarealen.

Eine Studie des französischen Vereins der verkehrsverantwortlichen Verwaltungen (GART) aus dem Jahr 2001 hat gezeigt, dass, wenn der/die AutofahrerIn einen gesicherten Parkplatz zu Hause und bei der Arbeit hat, er/sie zu 80% mit seinem Auto dorthin fährt, egal welche Bedingungen vorherrschen (bekannte Stausstellen, schlechtes Wetter, Veranstaltungen etc.). Zusätzliche Parkplätze fördern also sicherlich nicht den Umstieg der PendlerInnen auf den öffentlichen Verkehr – im Gegenteil: sie fördern den motorisierten Individualverkehr (MIV). Dies ist nicht im Sinn und Geist einer grünen Politik.

Es geht ja auch anders: der Architekt Renzo Piano, Planer der Fondation Beyeler, arbeitet gerade in London am höchsten Hochhaus der Stadt (etwa 320 Meter hoch), eine Mischung aus Büro, Hotel und Wohnungen... und es wird nur 47 Parkplätze haben. Auch „The Gherkin“ (die Gurke), ebenfalls in London, mit 180 Meter Höhe und 4000



Es gibt bereits ein Überangebot an Abstellplätzen, ein solches Plakat ist in Basel keine Seltenheit.

Arbeitsplätzen hat praktisch keine Parkplätze. Die etwa 30 Parkplätze sind für Behinderte und Anlieferungen gedacht. Es hat aber zahlreiche Veloparkplätze, Duschen und Schliessfächer. Dies sind nachhaltige Konzepte der Urbanität.

Der Schweizerische Verband der Immobilienwirtschaft (SVIT) hat festgestellt, dass es in Basel zwischen 3000 bis 4000 unterirdische Parkplätze gibt, die nicht vermietet sind. Es ist deshalb unverständlich den Bau weiterer Parkplätze zu fordern. Die Initiative ist also klar abzulehnen.

Regierungsrat und Parlament lehnen die Parkrauminitiative ab und unterstützen den Gegenvorschlag. Dieser sieht vor, dass bei den Bauten für Dienstleistungsnutzungen die Parkplatzverordnung etwas gelockert werden soll und zwischen 10% und 20% zusätzliche Parkplätze erlaubt werden. Diese Anpassung der Parkplatzverordnung soll nur gelten, wo die Erschliessung mit dem öV nicht bereits sehr gut ist und wo keine unbeschränkten Gratisparkplätze zur Verfügung stehen. Aus grüner Optik ist dieser Gegenvorschlag bestenfalls ein akzeptabler Kompromiss. Die Parolen zu den Abstimmungen werden die Grünen an der Mitgliederversammlung vom 17. Januar fassen.



Michael Wüthrich
Grossrat Grünes
Bündnis, Präsident
UVEK

Impressum

grüner pfeffer -
Informationsbulletin der
Grünen Partei Basel Stadt

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,
Güterstrasse 83, Postfach 1442,
4001 Basel,
061/383 98 33,
sekretariat@gruene-bs.ch,
www.gruene-bs.ch
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 950 Stk., erscheint 4-mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im
Jahresbeitrag inbegriffen)

Redaktion:

Philippe Bovet (bov), Harald Friedl
(hafr), Eveline Rommerskirchen,
Martin Stohler (sto)

Druck: Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 01 |
Januar 2012

Sicherheitsinitiative bewirtschaftet Verunsicherung der Bevölkerung

Die Initiative „für einen sicheren Kanton Basel-Stadt (Sicherheitsinitiative)“ geht davon aus, dass sich die Bewohner in Basel nicht mehr sicher fühlen. Obwohl die neuste Bevölkerungsbefragung zeigt, dass das Sicherheitsempfinden in Basel etwas abgenommen hat, fühlt sich doch der weitaus grösste Teil der Bevölkerung sicher.

Die Sicherheitsstudie der ETH Zürich aus dem Jahr 2010 hat aufgezeigt, dass sich 88% der Baslerinnen und Basler sicher oder sehr sicher fühlen. Hingegen hat die Sensibilität für die eigene Sicherheit gemäss dem Sorgenbarometer stark an Bedeutung zugenommen. Damit besteht Nährboden für eine Initiative, die auf den Ängsten der Bevölkerung, geschürt durch eine auf Gewalt und Verbrechen zugeschnittene Medienberichterstattung, abstützt.

Mit der Sicherheitsinitiative verlangt die SVP, dass im Vergleich zu heute mindestens 30 Prozent

mehr uniformierte Polizistinnen und Polizisten sichtbar patrouillieren. Mindestens 40 Prozent davon sollen für die Gewährleistung der Sicherheit in den Quartieren eingesetzt werden und mindestens 20 Prozent sollen der Gewaltprävention dienen.

Dass die Basler Polizei zusätzlich zu ihrer anspruchsvollen Arbeit vor neue Herausforderungen gestellt wird, ist unbestritten. So hat die Gewaltbereitschaft im öffentlichen Raum zugenommen. In kurzer Zeit wurden beispielsweise im Raum Volta im Herbst massive Sachschäden verursacht. Da nützt es auch nichts, dass dies ausnahmslos einzelne Protagonisten oder kleine Gruppierungen sind und nicht die grosse Mehrheit. Solche Vorkommnisse und die zugeschnittene Medienberichterstattung verunsichern die Bevölkerung und verzerren die reale Sicherheitssituation in Basel.

Sicherheitslage gut

Die Sicherheitslage in Basel ist im Vergleich mit anderen Städten gut und hat sich zwischen 2009 und 2010 sogar verbessert. Gab es gemäss der Polizeilichen Kriminalstatistik 2009 noch 109,6 Straftaten (nach Strafgesetzbuch) pro 1000 Einwohner, so waren es 2010 noch 105,4. Damit liegt Basel erst an fünfter Stelle der Schweizer Städte. Bei den Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz, also Drogenhandel, liegt Basel sogar nur auf dem sechsten Platz. Seit 2005 nimmt auch die Zahl der Anzeigen stetig ab. 75% davon sind Vermögensdelikte.

Auch wenn diese Statistiken positiv und die objektive Si-

cherheitslage in Basel-Stadt gut ist, darf kein einziges Gewaltverbrechen verharmlost werden und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung muss ernst genommen werden. So ist heute an einigen Hotspots wie in der Steinenvorstadt tatsächlich wenig Polizeipräsenz zu sehen. Die Regierung hat deshalb bereits im Budget 2012 zusätzlich 12 Polizeistellen eingestellt und will bis 2015 gesamthaft 45 neue Stellen in den Bereichen Patrouille und Prävention, schaffen.

Höchste Polizeidichte der Schweiz

Diese Aufstockung ist gemäss der Regierung angebracht, obwohl Basel bereits die höchste Polizeidichte der Schweiz in Bezug auf die Bevölkerung hat. Mit mehr Präsenz an den Hotspots soll die Gewaltbereitschaft eingedämmt und das individuelle Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gesteigert werden.

Der Regierungsrat hat mit seinem Vorschlag ein konkretes Vorgehen zur Verbesserung der Situation vorgeschlagen, dies allerdings nicht als Gegenvorschlag formuliert. Den ersten 12 zusätzlichen Stellen hat der Grosse Rat mit dem Budget 2012 bereits zugestimmt, Widerstand gegen weitere Aufstockungen zeichnet sich nicht ab. Das Volk kann nun unter diesen Voraussetzungen über die Sicherheitsinitiative entscheiden.

Die Geschäftsleitung der Grünen Partei Basel-Stadt hat die Teilnahme Komitee «NEIN zur untauglichen Sicherheitsinitiative» beschlossen und beantragt die NEIN-Parole an der Mitgliederversammlung vom 17. Januar.

Keine Profilierung mit der Angst

- Die Basler Polizei leistet gute Arbeit.
- Regierung und Grosse Rat haben bereits mehr Polizisten bewilligt.
- Eine erhöhte Polizeipräsenz und mehr Sicherheit sind damit gewährleistet.

Untaugliche Sicherheitsinitiative

Nein

Kantonal gegen die untaugliche Sicherheitsinitiative
Freibach 08, 1000 Basel

BastA! EVP FDP Die Liberalen GRÜNE SP



Mirjam Ballmer
Grossrätin Grünes Bündnis

Verkehrskonzept Gundeli – Tunnel ja oder nein?

Ein Interview mit Claude Wyler, Architekt, Raumplaner und Leiter der Planungsgruppe des Neutralen Quartiervereins Gundeldingen (NQVG), die u.a. von Wohnliches Gundeli Ost (WGO) und der Interessengemeinschaft Gewerbe (IGG) getragen wird.

Claude Wyler, die Quartierkoordination Gundeldingen hat am 12. November 2011 einen Workshop und am 8. Dezember eine Podiumsdiskussion zum Tunnelprojekt organisiert. Was ist Ihre Einschätzung zu den Veranstaltungen?

Grundsätzlich war ich begeistert von der zahlreichen Präsenz der Leute. Am Workshop waren etwa 80 Personen und bei der Podiumsdiskussion rund 200 anwesend. Vor ca. einem Jahr hatten sowohl die CVP als auch die Grünen eine Veranstaltung zum gleichen Thema organisiert und beide waren schlecht besucht. Bei der Podiumsdiskussion waren die Leute, die sich öffentlich gemeldet haben, dem Tunnel gegenüber stark skeptisch. Beim Workshop kann man sagen, dass die Meinungen der Teilnehmer der Einschätzung der Planungsgruppe sehr nahe kamen, d.h., dass die Bevölkerung ganz klar eine Verkehrsberuhigung will. Die Hälfte der Workshopteilnehmer war gegen das Tunnelprojekt, die andere Hälfte macht keine Aussage dazu. Die Verkehrsberuhigung ist auch vom Gewerbe unbestritten, sofern die Anlieferung gewährleistet bleibt und der Publikumsverkehr nicht behindert wird.

Diese Tunnelgeschichte ist alt. Haben Sie das Gefühl, dass sich in den letzten Jahren die Meinung in der Bevölkerung geändert hat?

In den letzten 15 Jahren gab es in Basel nur eine einzige Abstimmung gegen den Umweltverbund (öV, Velo, Fussgänger), nämlich die Parkraumbewirtschaftung. Ich weiss nicht, ob die Stadtbevölkerung ihre Meinung gross geändert hat oder ob sie lange schon so kritisch gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) war, das kann ich nicht beurteilen. Aber die



Claude Wyler vom Neutralen Quartierverein Gundeldingen stand Red und Antwort. Foto Philippe Bovet

Bevölkerung scheint mir progressiv zu sein, auch offen für neue Möglichkeiten der Mobilität.

Wäre die Bevölkerung bereit, innovative Konzepte zu akzeptieren?

Ja, ich könnte mir gut vorstellen, dass man im Quartier dafür eine Mehrheit finden könnte. Für mich ist es immer etwas schwierig, spontan eine öffentliche Position zu vertreten. Ich selber komme aber aus einer „Bewohner-Organisation“. In der Planungsgruppe vertrete ich verschiedene Interessen und Gruppierungen, so auch das Gewerbe. Deshalb möchte ich die Antwort zurückhaltend formulieren. Tatsache ist, dass wir im Gundeldinger Quartier ein innovatives Gewerbe haben und, wenn neue Ideen gut vorbereitet sind man schon gemeinsame Lösungen finden könnte. Innovative Lösungen wie im Vauban in Freiburg im Breisgau wären machbar.

Denken Sie an weitere Möglichkeiten?

Roadpricing wäre für Basel interessant, aber nur sehr bedingt für ein einzelnes Quartier. Dies würde Ungleichheiten schaffen, welche schwierig zu vertreten sind. Aber gute Ideen sind unterwegs.

Haben Sie ein Beispiel?

Das Gewerbe hat, wie an der Podiumsdiskussion erwähnt, sich Überlegungen gemacht, selber Lieferungen für die Kunden zu organisieren. Wenn die Stadt das unterstützen würde, wäre das schnell umsetzbar. Diese Überlegung entstand u.a. daraus, dass wir seit einigen Jahren ein Problem mit dem 'Boulevard' Güterstrasse haben. Die Idee des neuen Parkgrundkonzeptes war sehr gut, aber in der Praxis funktioniert es nicht. Die Situation ist schlechter als vorher mit den vom Trottoir abgesenkten Parkfeldern. Nun sind Park- und Trottoirebene gleich. Es wird vermehrt wild parkiert und über die Trottoirs hinweg gewendet.

Ist es nicht erstaunlich, dass man in Basel, einer Stadt, die stolz ist auf Labels wie Energiestadt und 2000-Watt-Gesellschaft Pilotregion, diese Tunnelvariante bearbeitet und das trotz Städteinitiative?

Ja, finde ich schon. Was könnte der Hintergrund sein? Vielleicht hat der Kantonsbaumeister, Herr Schumacher, tatsächlich gedacht, wie er während der Podiumsdiskussion sagte, dass im Gegenvorschlag der Städteinitiative die Autobahnen und Schnellstrassen aufgenommen sind. Vielleicht hat

er gedacht, damit könne man die Gesetzesvorgabe elegant lösen, ohne jemandem weh zu tun. Aber ich hoffe, dass das Projekt von der Stadt und vom verantwortlichen Regierungsrat Hans-Peter Wessels nicht getragen wird. Die Regierung hat dazu noch nicht Stellung bezogen. Die beiden Veranstaltungen haben stattgefunden, weil das Baudepartement unsere Meinung fühlen wollte. Und ich bin überzeugt, dass sie nun diese Meinung berücksichtigen müssen.

Sie meinen damit, dass die Tunnelgeschichte vom Tisch wäre?

Ja, zumindest in der jetzigen Form und zum jetzigen Zeitpunkt. Dazu kommt noch, dass eine grosse Mehrheit im Quartier fordert, dass der Quartierrichtplan von 1986, der in zähen Verhandlungen mit vielen Organisationen (TCS, VCS, Gewerbe, Bewohnerschaft...) ausgearbeitet wurde, endlich umgesetzt wird. Er wurde vom Grossen Rat verabschiedet und ist als Auftrag an die Regierung gegangen, d.h., er ist behördenverbindlich, auch jetzt mit zehn Jahren Verspätung. Man hatte dazumal ein breit abgestütztes Konzept gefunden, das Parlament hatte zugesagt, doch es wurde von der Regierung ignoriert. Herr Wessels kann nicht in kurzer Zeit alles aufholen, was frühere Regierungsräte verschlafen haben, aber er muss nun beginnen.

Was planen Sie jetzt?

So weit ich informiert bin, soll der Regierungsratsbeschluss zum Tunnel im Januar kommen. Allenfalls erübrigt sich dann eine politische Intervention. Wir werden sicher weiter am Verkehrskonzept arbeiten, u.a. mit dem Nebenschauplatz Knoten Dreispitz, der nicht auf alle Konzepte abgestimmt ist. Wir werden abwarten, bis die Stellungnahme der Regierung zum Quartierrichtplan und den Verkehrsberuhigungsmassnahmen kommt, und ich kann mir durchaus vorstellen, dass wir dann politisch aktiv werden, falls diese nicht den Bedürfnissen des Quartiers und der Stadt entsprechen. Wir haben parteipolitisch eine breite Abstützung in der Quartierkoordination.

Teilen Sie die an der Podiumsdiskussion von Stephanie Fuchs (VCS) geäusserte Meinung, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen einen Tunnel gar nicht zulassen?

Ja, die Rahmenbedingungen, welche der Souverän mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Städteinitiative gesetzt hat, sind nicht mehr umsetzbar mit dem Tunnel. Ich fände es sehr erstaunlich, wenn die Regierung entgegen den gesetzlichen Rahmenbedingungen ein solches Projekt empfehlen würde. Das ganze Autobahnkonzept ist aus den 60er und 70er Jahren, wir brauchen keinen Autobahnanschluss City mehr. Das Baudepartement will zu viele Sachen mit dem Tunnel lösen: Geld beim Bund abholen, auf die Forderung des Quartiers (Gundelinger Manifest) reagieren, die Nauenstrasse entlasten, die Auflagen des Gegenvorschlag zur Städteinitiative einlösen (dies jedoch, wie schon erwähnt, auf eine falsche Weise) ... Basel ist zwar für die Schweiz eine relativ grosse Stadt, aber wir brauchen kein Megaprojekt für eine Megacity, die wir nicht sind. Falls wir politisch nichts gegen den Tunnel in seiner jetzigen Form und zum jetzigen Zeitpunkt unternehmen müssen, werden wir das Verkehrskonzept des Quartierrichtplans überarbeiten. Es ist 25 Jahre alt. Es gibt auch da neuere Erkenntnisse und Rahmenbedingungen.

Wann könnte der überarbeitete Richtplan fertig sein ?

Ein Verkehrsrichtplan für ein Quartier zu bearbeiten ist sehr zeitaufwendig, wir tun dies in Freiwilligenarbeit zum Wohle des Quartiers. Da ein neuer Quartierrichtplan (QRP) vorerst ja auch keine rechtliche Abstützung hätte, gilt vorerst der QRP von 1986. Allfällige neue Massnahmen würden laufend, abgestimmt auf ein Gesamtkonzept, eingebracht.



Das Interview führte
Philippe Bovet
Journalist, Vorstand
Grüne Basel-Stadt

Drei innovative Konzepte aus europäischen Städten:

Waren- und Güterverkehr:

Das CargoTram wurde 2001 in Dresden in Betrieb genommen. Das Konzept einer Gütertramlinie oder einer Linie mit doppelter Nutzung Fracht- und Personenverkehr könnte eine interessante Lösung werden für eine Strecke, die das Dreispitzareal einbezieht. www.dvb.de/de/Die-DVB-AG/Zahlen-Daten/CarGoTram/

Gebäude und Parkplätze:

Das Londoner Hochhaus The Gherkin (die Gurke), 30 St-Mary Street öffnete im Mai 2005. Es hat 40 Etagen, ist 180 Meter hoch und beherbergt 4000 Arbeitsplätze. The Gherkin hat keine Parkplätze, auch nicht für die Teppichetage. Ausnahme sind ca. 30 Parkplätze für Behinderte und Anlieferungen. The Gherkin ist nicht von Grünen für Grüne gebaut worden. Es ist für die Swiss Re, die grösste Rückversicherungsgesellschaft der Welt, geplant und gebaut worden. Folge: Keine breiten Strassen führen zum Hochhaus, das nur per öV erreichbar ist.

http://en.wikipedia.org/wiki/30_St_Mary_Axe
Plan vom UG

www.archinomy.com/case-studies/669/30-st-mary-axe-the-gherkin-london

Parkplätze in Quartieren:

Im Freiburger Viertel Vauban besteht kein Autoverbot, aber wer dort ein Auto besitzt, muss einen Parkplatz in einem der beiden Parkhäuser mieten oder kaufen. Auf der Allmend darf nicht lange geparkt werden. Man kann bis zu seinem Haus oder seiner Wohnung fahren, aber nicht länger als 15 oder 20 Minuten dort bleiben. Die Strassen und Trottoirs gehören den Kindern, man sieht dies an den Kreidezeichnungen auf dem Asphalt. Durch das Viertel fährt auch eine Tramlinie. Ein Besuch des Quartiers in der nahe gelegenen Stadt Freiburg im Breisgau lohnt sich immer, um sich inspirieren zu lassen.

Kampffjets vors Volk

Die Armee sollte die Sicherheit der Schweiz gewährleisten. Doch welchen Gefahren ist die Schweiz effektiv ausgesetzt? Den grossen Feind im Osten gibt es nicht mehr. Fukushima zeigt, dass auch in einem hoch entwickelten Land wie Japan die Gefahr eines AKW-Unfalls real ist. Die Bodentruppen der Schweizer Armee könnten allenfalls für Aufräumarbeiten eingesetzt werden, auch bei Umweltkatastrophen.

Der Bundesrat will die Armee auf 80'000 Angehörige verkleinern – im Vergleich zu Nachbarländern noch immer eine grosse Armee – und die jährlichen Ausgaben auf 4,4 Milliarden Franken beschränken, was effektiv eine Erhöhung bedeutet (2010 ca. 4,1 Mrd. Fr.). Für die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen sieht er keinen Bedarf. Dabei stützt er sich auf Aussagen von Militärexperten. Mit 33 F/A-18 Jets ist die Luftwaffe bereits heute überdimensioniert.

Nicht so National- und Ständerat. 100'000 Soldaten soll die Armee aufweisen und jährlich 5 Milliarden

Franken kosten. Neue Kampfflugzeuge sollen jetzt bestellt und mit den allgemeinen Armeeaussgaben finanziert werden. Gegen das Armeebudget kann kein Referendum ergriffen werden.

Damit wollen die bürgerlichen Parteien das Volk umgehen. Ein seltsames Demokratieverständnis! Neben der teuren Beschaffung zieht dies auch enorme Betriebskosten und eine hohe Umweltbelastung nach sich. Übungsstunden in Kampffjets sind alles andere als CO₂-neutral.

Die Angst der Bürgerlichen, das Volk könnte gegen diese sinnlose Ausgabe stimmen, ist gross. Wahrscheinlich auch, weil sie nicht erklären können, wo sie die Mehrausgaben einsparen wollen. Bildung, Forschung, Sozialwerke und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs bräuchten dringend mehr Mittel. Auch die Landwirtschaft will nicht mit weniger Direktzahlungen auskommen.

Zu hoffen ist, dass der Bundesrat dennoch einen separaten Ratsschlag für die Kampfflugzeuge vorlegt, gegen den das Referendum

ergriffen werden kann. Grüne, SP und GsoA haben bereits dessen Ergreifung beschlossen. Gibt es keine Mehrheiten für eine separate Botschaft, muss wohl oder übel eine Initiative gestartet werden.

Wir kämpfen nicht mit Kampffjets, sondern mit guten Argumenten.



Anita Lachenmeier-Thüring
Alt-NR, Geschäftsleitungsmitglied



Noch fünf Monate für Fessenheim?

Mitte November haben die französischen Grünen und die französische PS (Parti Socialiste) ein Präsidentschaftswahlabkommen unterschrieben. Gemäss diesem Abkommen werden sich beide Parteien, die separat zur ersten Wahlrunde antreten, für den zweiten Wahlgang vom 6. Mai zusammenschliessen. Im Vertrag stehen einige interessante Punkte zur Atomfrage. Beide Parteien haben sich auf die Abschaltung von 24 der 58 Reaktoren bis 2025 und für die sofortige Abschaltung von Fessenheim geeinigt. Das ist eine

sehr gute Nachricht für uns in Basel. Aber was passiert, wenn Nicolas Sarkozy erneut gewinnt? Im senkrecht aufgebauten Frankreich ist es zur Gewohnheit geworden, dass nach der Wahl der neu gewählte Präsident (eventuell auch die neu gewählte Präsidentin, aber das gab es noch nicht in Frankreich) Gesten macht, wie der König zu seinem lieben Volk. Man darf davon ausgehen, dass eine Geste die Abschaltung von Fessenheim sein könnte. Das wäre auch eine Geste an Angela Merkel, mit der Sarkozy gute Beziehun-

gen zu pflegen sucht. Die Geste ist auch vielseitig. Den ältesten französischen Reaktor schnell abzuschalten wirbt auch für die neue EPR-Technologie (european pressurized reactor), die in Flamanville, im Cotentin (Halbinsel oberhalb der Bretagne), im Bau ist. Der ehemalige französische Präsident François Mitterrand hatte 1981 auch der atomkritischen Szene eine Geste gemacht und das umstrittene AKW-Projekt in Plogoff an der Spitze der Bretagne gestoppt. Also noch fünf Monate für Fessenheim? (bov)

Megawatts oder Negawatts?

Der französische Verein Negawatt ist in der Schweiz wenig bekannt. Er hat für Frankreich ein Energieszenario ohne Atomenergie entwickelt. Diese Arbeit ruht auf drei Pfeilern: Genügsamkeit (Suffizienz), Effizienz und erneuerbare Energien. Was bedeuten diese Säulen und ganz besonders die oft vergessene Genügsamkeit? Was lässt sich davon auf die Schweiz übertragen? Ein Interview mit Thierry Salomon, Präsident des Vereins Negawatt.

Thierry Salomon, wie ist der Verein Negawatt entstanden?

Die Idee zu Negawatt (Nw) ist 1999 geboren. Einige Spezialisten aus der Energieversorgung, den erneuerbaren Energien und der Energiewirtschaft haben sich zusammengeschlossen. Die Mitglieder vertreten nur sich selbst und nie eine Struktur oder eine Firma, was ihnen eine grosse Freiheit lässt. Der Verein selber wurde 2001 gegründet. Zwei Jahre später haben wir unser erstes Nw-Szenario geschrieben, das aufzeigte, wie Frankreich 2050 ohne Atomenergie funktionieren und aus der Spirale von immer mehr Energiekonsum aussteigen kann. Dabei muss sein riesiges Nw-Potenzial genutzt werden. Wir haben 2006 und 2011 das Szenario überarbeitet. Die letzte Fassung zeigt, dass Frankreich schon 2032 aussteigen kann.

Wie ist Ihr Anklang in Frankreich?

Er ist viel grösser als unsere Organisation mit einer Mitgliederzahl von 450 erwarten lässt. Wir sind von französischen Umweltverbänden und von spezialisierten Journalisten anerkannt. Sie wissen, dass wenn immer sie sich bei uns melden, sie eine treffende Expertise bekommen werden. Wir haben Kontakte zu einigen politischen Parteien und werden von einigen Ministerien anerkannt, auch wenn diese unsere Botschaft nicht immer verstehen. In der Öffentlichkeit stellen sich unsere Mitglieder nie im Namen von Negawatt vor, sondern im Namen ihres



Der Präsident des Vereins Negawatt Thierry Salomon im Interview

Ingenieurbüros oder ihrer Energieberatungsfirma. Sie treten also nicht wie Vertreter einer kritischen NGO auf, sondern wie eine Fachfrau oder Fachmann. Das ist in dieser Weise wesentlich effizienter.

In der Schweiz spricht man oft nur von Effizienz und alternativer Energie, wenn man von einer sauberen Energiezukunft redet, aber kaum von Genügsamkeit (oder Mässigung). Dieses Weglassen liegt eventuell darin, dass die Idee der atomfreien Zukunft mit dem Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft verbunden ist, die von der Ingenieurschule ETH Zürich vertreten wird. Die Genügsamkeit darf aber nicht vergessen werden?

Auf gar keinen Fall. Und man muss diese beiden treffenden Wörter Genügsamkeit und Effizienz nehmen um das Negawattpotenzial vollständig zu verstehen. Die Genügsamkeit hat mit unserem Verhalten zu tun, die Effizienz mit der Technik. Bezüglich der wenig bekannten Genügsamkeit, in der Fachsprache auch oft Suffizienz genannt, muss man wissen, dass es drei Formen gibt: eine Gebrauchs-, eine Ausmass- und eine Gemeinschaftsgenügsamkeit. Gebrauchsgenügsamkeit bedeutet, seine Wohnung nicht zu

überheizen oder sein Auto sinnvoll einzusetzen und defensiv, sprich niedertourig, zu fahren. Die Ausmassgenügsamkeit tritt beim Kauf eines Produkts auf. Sollen sich zwei Personen eine 300 m² Wohnung kaufen oder reicht eine kleinere? Oder warum ein Kombi oder 7 Plätze für eine Person? Es gibt unheimliche Verluste durch solche Überdimensionierungen. Die kollektive, gesellige oder Gemeinschaftsgenügsamkeit meint das Teilen oder gemeinsame Anschaffen mit anderen Personen oder das genossenschaftliche Benützen von Sachen oder Geräten. Die Genügsamkeit hat generell auf einem individuellen wie auch auf einem kollektiven Niveau viel mit Pädagogik und Aufklärung zu tun.

Mit dem neuesten Negawattszenario könnte Frankreich, das seinen Strom aktuell zu 80% aus Atomenergie bezieht, 2032 aus der Atomkraft aussteigen. Die Schweiz hat nur 40% Atomstrom. Die Energiewende sollte hier noch einfacher zu realisieren sein, oder?

Mit Sicherheit. Der grösste Teil der gewonnenen Negawatts wird diese 40% ersetzen. Ihr werdet wohl etwas Wind- und Solarenergie und Biomasse für Blockheizkraftwerke unter anderem für die Winterzeit, entwickeln müssen, aber auf einem bescheidenem Niveau. Die Schweiz hat es aber viel leichter als Frankreich, vor allem mit 60% Wasserkraft, welche die beste Energiequelle ist, die es gibt. Sie ist sauber, hergestellt mit einem herausragenden Wirkungsgrad von 80 bis 85% und man kann die lagern bzw. benützen nach Bedarf.

Auf www.umweltethik.at findet man sehr gute Essays und Artikel zum Thema Suffizienz und einer Reihe weiterer Themen.



Das Interview führte
Philippe Bovet
Journalist, Vorstand
Grüne Basel-Stadt

Grünes Positionspapier zu den Finanzmärkten

An ihrer Delegiertenversammlung vom 19. November 2011 in Bern haben die Grünen Schweiz ein Positionspapier „für Finanzmärkte im Dienste einer Grünen Wirtschaft“ diskutiert und verabschiedet. Die darin entwickelten fünf Stossrichtungen sollen hier kurz vorgestellt werden.

In Kapitel 1 des Papiers werden Regeln für Banken und Finanzprodukte skizziert. Hier fordern die Grünen ein Gesetz zur Regulierung des Handels mit Finanzprodukten und Rohstoffen. Dieses Gesetz soll sich an den neuen Richtlinien der EU orientieren. Derivate sollen vor ihrer Zulassung von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht Finma geprüft werden. Nahrungsmittelspekulationen über Publikumsfonds und Rohstoffzertifikate sollen ganz verboten werden. Des Weiteren fordern die Grünen strenge Eigenkapitalvorschriften für Banken. Banken, die als „too big to fail“ gelten und faktisch von einer Staatsgarantie profitieren, sollen eine entsprechende Abgeltungssteuer entrichten. Ein Trennbankensystem soll das bisherige Universalbankensystem ablösen; Provisionen sollen, wie dies in Grossbritannien ab 2012 der Fall ist, verboten werden.

Aufsicht und Weissgeldstrategie

Kapitel 2 widmet sich der Finanzmarktaufsicht und dem Finanzplatz Schweiz. Die Finma, mit deren bisherigen Leistungen die Grünen nicht zufrieden sind, soll

gestärkt werden. Die Forderung nach einem Finanzmarktaufsichtsgesetz mit einem stärkeren Kundenschutz wird von den Grünen unterstützt. Zudem sollen die Banken zu einer konsequenten Weissgeldstrategie verpflichtet werden. Die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und -betrug soll aufgehoben werden.

Finanzmärkte besteuern

Die Finanzmärkte sollen flächendeckend durch eine Finanztransaktionssteuer besteuert werden. In Kapitel 3 heisst es dazu unter anderem: „Da sich kurzfristige Spekulationen besonders negativ auswirken, sollen Termingeschäfte mit Währungen, Rohstoffen, Immobilien und den entsprechenden Derivaten stärker besteuert werden.“ Vom Bundesrat wird verlangt, Vorkehrungen zu treffen, damit die Finanztransaktionssteuer in der Schweiz zeitgleich mit der EU einführen werden könne, sodann solle sich die Schweiz auch international für eine globale Finanztransaktionssteuer einsetzen.

Nationalbank und Ausrichtung auf Nachhaltigkeit

In Kapitel 4 wird der Unabhängigkeit der Nationalbank das Wort geredet, zudem schlagen die Grünen die Rückkehr zu einem System stabiler Wechselkurse vor und regen eine Debatte über das aktuelle Modell der Geldschöpfung an. Kapitel 5 schliesslich bietet Überlegungen, mit welchen Massnahmen die Nachhal-

tigkeit auch in Bereich von Finanzprodukten gefördert werden kann.

Diskussion muss weitergehen

Angesichts der sich wieder verschärfenden Finanz- und Wirtschaftskrise, die inzwischen auch hierzulande immer deutlichere Spuren hinterlässt, ist die Diskussion über Finanztransaktionssteuern und eine bessere Regulierung der Finanzmärkte nur zu begrüssen. Wie eine beträchtliche Zahl von Abänderungsanträgen – manche wurden in Bern angenommen, andere abgelehnt – deutlich machte, besteht weiterer Diskussionsbedarf. Namentlich gilt es, die Ursachen der aktuellen Krise besser zu verstehen. In diesem Punkt ist das Papier meiner Ansicht nach viel zu oberflächlich. Die tatsächlichen Akteure und Interessen bleiben im Positionspapier weitgehend im Dunkeln. So heisst es etwa unter dem Titel „Die Ursachen der aktuellen Krise“: „In den neunziger Jahren hat sich das Geschäftsmodell des Shareholder-Values und des Investment-Bankings weltweit etabliert. Dies nicht zuletzt, weil die Politik (!) global zu deregulieren und zu privatisieren begann.“

www.gruene.ch > Positionen > Wirtschaft > Finanzen&Steuern > Positionspapiere



Martin Stohler
Redaktion Grüner
Pfeffer

Zeitschrift Umwelt

Die Zeitschrift Umwelt wird vom Bundesamt für Umwelt (Bafu) herausgegeben und widmet sich in jeder Ausgabe einem Schwerpunktthema im Bereich Umwelt und Naturschutz. Die Themen orientieren sich an aktuellen Fragen, sei es, weil eine Gesetzesrevision ansteht oder eine internationale Konferenz wie z.B. Rio+20. Die informativen Artikel geben die jeweilige Haltung des Bafu und der

schweizerischen Politik wieder, unter Berücksichtigung neuester Erkenntnisse aus der Forschung und Entwicklung. Eine spannende Lektüre für Interessierte an der Umweltpolitik der Schweiz. Die Zeitschrift erscheint 4-mal jährlich und kann gratis auf der Homepage des Bafu abonniert werden. (hafr)

www.bafu.admin.ch/dokumentation/umwelt/index.html?lang=de



Zum Nachlesen

Basler Medienlandschaft

In den 1970er-Jahren setzte in der Medienlandschaft der Region ein Wandel ein, der bis heute weitergeht. 1977 erfolgte die Fusion der „Basler Nachrichten“ und der „National-Zeitung“ zur „Basler Zeitung“, 1992 wurde Letztere nach der Einstellung der kleineren Konkurrenzblätter „Nordschweiz“ und „Basler AZ“ zur städtischen Monopol-Tageszeitung mit starker Ausstrahlung in die Baselbieter Agglomerationsgemeinden.

Zudem konnten sich in den vergangenen Jahrzehnten auch neue Medien – Lokalradios, Online-Zeitungen, TeleBasel – etablieren.

Der Medienwissenschaftler Roger Blum verfolgt diesen Wandel seit Langem und hat sich dazu wiederholt geäußert. Ein knapper, informationsreicher Überblick Blums über die Umgestaltung der regionalen Medienlandschaft und die wichtigsten Akteure ist letzten September in der Nummer 3/2011 der Zeitschrift „Baselbieter Heimatblätter“ erschienen. Dort finden sich auch weiterführende Literaturangaben. Nicht mehr berücksichtigt werden konnten darin der im Dezember erfolgte Abgang von Moritz Suter und die Installation des neuen Verwaltungsrats bei der „Basler Zeitung“. Der Vollstän-

digkeit halber sei hier auch noch an die nach Schweizerhalle von linker und alternativer Seite lancierte Zeitung „Dementi“ und das Nachfolgeprojekt „Stadtzeitung“ erinnert, die sich nicht behaupten konnten und in Blums ansonsten detaillierter Darstellung ungenannt bleiben.

Die „Baselbieter Heimatblätter“ werden von der Gesellschaft für Regionale Kulturgeschichte BL und der Gesellschaft Raurachischer Geschichtsfreunde herausgegeben. (sto)

www.grk-bl.ch

Informative Merian-Biografie

Aus Anlass ihres 125-jährigen Bestehens – die Stiftung trat 1886 nach dem Tod der Witwe des Stifters in Kraft – hat die CMS dem Basler Historiker Robert Labhardt den Auftrag erteilt, eine neue Biografie Christoph Merians (1800–1858) zu verfassen. Da Merian keine persönlichen Quellen wie zum Beispiel Tagebücher hinterlassen hat, stützte sich Labhardt bei seiner Arbeit stark auf Geschäftsunterlagen und Prozessakten. Dabei gelang es ihm ausgezeichnet, Merian vor den Hintergrund seiner Zeit und der in ihr stattfindenden historischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu stellen und Merians Selbstverständnis und Eigenheiten herauszuarbeiten.

Wer eine Vorstellung davon gewinnen möchte, wie sich die Welt des Basler Bürgertums im Laufe der Zeit verändert hat, wird hier zahlreiche Denkanstöße finden.

Anders als viele seiner finanzkräftigen Zeitgenossen investierte Merian sein Kapital nicht in industrielle Unternehmungen, sondern legte es in Bodenbesitz an und widmete

sich dem Hypothekengeschäft. So erwarb er zu seinem Gut in Brüglingen im Laufe der Jahre das Land des Waisenhauses St. Jakob oder das Gebiet der „Neuen Welt“ unterhalb von Münchenstein hinzu.

Nach der Kantontrennung lag Merians Brüglinger Gut nicht mehr auf Basler, sondern Baselbieter Boden. Ein Steuerstreit, der aus dieser Konstellation erwuchs, fand schliesslich ein überraschendes Ende. Merian spendete 2000 Franken für die Münchener Armenkasse, die Gemeinde lenkte ein

und verlieh ihm gar das Ehrenbürgerrecht. Letzteres lehnte er zwar nicht ab, er bedankte sich aber auch nicht dafür. Im Herzen blieb er offenbar stets ein Basler. (sto)



Robert Labhardt: Kapital und Moral. Christoph Merian. Eine Biografie. Christoph Merian Verlag, Basel 2011. 334 Seiten, 38 Franken. ISBN 978-3-85616-525-3

Unterschriften sammeln für grüne Anliegen

Initiative für einen CentralParkBasel

Im November 2011 wurde die Initiative CentralParkBasel lanciert. Sie verlangt, dass über dem Gleisareal zwischen der Passerelle und der Margarethenbrücke ein öffentlicher Park erstellt wird. So sollen in Basel an zentraler Lage 30'000 m² neue Frei- und Grünfläche entstehen. Zusätzlich sollen neue Fussverbindungen und ein Veloweg, neue Perronzugänge und eine Randbebauung auf Gundeldinger Seite gebaut werden.

Mit Cafés, Fusswegen und Sitzgelegenheiten soll der CentralPark für die Bevölkerung und die SBB-Passagiere eine Möglichkeit zur Entspannung bieten. Für die Besucher der Stadt wäre der Park ein grünes Stadttor.

Mit dem CentralPark würden für die Passagiere neue Wege und

neue Zugänge zu den Perrons geschaffen. Heute schon passieren täglich rund 130'000 Personen den Bahnhof Basel. Die bestehende Passerelle ist zu Stosszeiten so voll, dass das Durchkommen oft schwierig ist. Die Prognose sagt für die nächsten zehn Jahre eine weitere Zunahme der Passagiere um 30% voraus. Es ist also dringend nötig, dass die Passerelle entlastet wird. Der CentralPark könnte dazu etwas beitragen.

Das Gundeli ist heute durch die breiten Gleisanlagen und den Bahnhof von der Innenstadt getrennt. Zu Fuss und mit dem Velo gibt es heute keine gute und sichere Verbindung. Die drei Brücken, die mit dem Velo befahren werden können, sind sehr verkehrslastig und es entstehen immer wieder gefährliche Situationen für die VelofahrerInnen. Mit

den neuen Fusswegen und dem neuen Veloweg durch den CentralPark würden schöne und sichere Verbindungen geschaffen.

Die Initiative schlägt die Finanzierung des CentralParks durch den gut gefüllten Mehrwertabgabefonds vor. Mit der Initiative soll erreicht werden, dass die Stadt – mit der Unterstützung der Bevölkerung – mit den SBB als Eigentümerin des Bodens in Verhandlung tritt, um das Projekt umzusetzen.

Mehr Infos und Unterschriftenbögen unter www.centralparkbasel.ch



Elisabeth Ackermann Baumann
Grossrätin, Vizepräsidentin Grüne BS
Initiativkomitee



Boden behalten – Basel gestalten

Die kantonale Initiative **Boden behalten – Basel gestalten** wurde im September 2011 vom Schweizerischen Verband für Wohnungswesen (SVW), der Stiftung Edith Maryon und der Stiftung Habitat lanciert. Die Initiative verlangt, dass Liegenschaften und Grundstücke des Kantons grundsätzlich nicht verkauft, sondern Dritten nur im Baurecht überlassen werden.

Die Initiative in Kürze vorgestellt will folgendes erreichen:

1. Landverkauf durch den Kanton nur noch bei gleichwertiger Kompensation.
2. Boden erwerben für gemeinnützigen, familien- und umweltfreundlichen Wohnungsbau ...
3. ... finanziert aus dem gut gefüllten Mehrwertabgabefonds des Kantons.
4. Abgabe von Land des Kantons

nur noch im Baurecht, denn ...

5. ... Land im Baurecht macht das Wohnen darauf bezahlbar.
6. Tafelsilber des Kantons nicht verscherbeln – langfristige Erträge aus Baurechtszinsen für uns alle.

Wenn der Kanton seinen Boden im Baurecht abgibt, behält er die Kompetenz, um die Stadt mitzugestalten, und bremst die Spekulation. Zudem verdient der Kanton an den Baurechtszinsen und kann damit langfristig planen.

Die Geschäftsleitung der Grünen Partei Basel-Stadt hat beschlossen, die Initiative zu unterstützen. (hafr)

Mehr Infos und Unterschriftenbögen gibt es unter www.bodeninitiative-basel.ch



Nationale Initiativen für eine Grüne Wirtschaft und Atomausstieg

Die beiden von den Grünen Schweiz im Jahr 2011 lancierten Initiativen sind noch am Laufen. Wir haben es noch nicht geschafft, die notwendigen Unterschriften zu sammeln.

Die Initiative für eine Grüne Wirtschaft fordert den Umbau unserer Wirtschaft, weg von einer Wegwerfwirtschaft, hin zu einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft. Das Ziel der Initiative ist, den ökologischen Fussabdruck der Schweiz auf eine Erde zu reduzieren. Das bedeutet, dass ihre Gesamtumweltbelastung auf ein nachhaltiges Mass verringert werden soll.

Wir haben nur eine Erde, verbrauchen jedoch mehr Ressourcen, als sie bereitstellt, und produzieren mehr Abfall und Schadstoffe, als sie absorbieren und abbauen kann. Wenn alle Menschen auf

der Welt den gleichen Lebensstil wie die Schweizer Bevölkerung hätten, bräuchte es DREI Planeten, um alle Bedürfnisse zu befriedigen. Die Schweiz lebt also auf viel zu grossem Fuss und trägt somit überproportional zur Umweltzerstörung, zum Klimawandel und zur Ressourcenverknappung bei.

Die Atomausstiegsinitiative ist auch nach den Beschlüssen von Bundesrat und nationalen Räten notwendig. Erstens ist der Atomausstieg erst beschlossen, die AKWs laufen noch weiter mit unbestimmten Laufzeiten. Zudem würde mit einer Abstimmung das Volk befragt und der Atomausstieg resp. das Verbot eines Neubaus in der schweizerischen Verfassung niedergeschrieben. Damit würde verhindert, dass bei einer Neuzusammensetzung der Parlamente der Beschluss des Atomausstiegs wieder umgestossen werden kann.

Bitte helft mit, die nötigen Unterschriften für beide Initiativen zu sammeln. (hafr)

Unterschriftenbögen und weitere Informationen gibt es auf der Webseite der Grünen Schweiz unter www.grueneinitiativen.ch/web/gruen-waehlen



Infomarkt und Varia

Interna

DRINGEND GESUCHT

Wir suchen eine Interessentin/einen Interessenten:

für die Schulkommission der Berufsfachschule Basel und für die Schulkommission Primarschulen

Melde dich bitte per E-Mail (sekretariat@gruene-bs.ch) oder per Telefon (061 383 98 33).

Medienerklärung zur BaZ

Nach dem Abtritt von Moritz Suter bei der BaZ erinnerten die Grünen Basel in einer Medienmitteilung am 12. 12. 2011 an die Bedeutung der publizistischen Richtlinien und das Redaktionsstatut der Monopol-Tageszeitung und verlangten die Offenlegung der tatsächlichen Besitzverhältnisse. Die Medienmitteilung kann von unserer Website heruntergeladen werden. www.gruene-bs.ch

Interna

Kundgebung auf dem Theaterplatz

Die Grünen Basel-Stadt unterstützten die von „Kultur und Politik“ und „Rettet Basel“ am 17. 12. 2011 auf dem Theaterplatz durchgeführte Protestveranstaltung „Blocher-Tettamanti-BaZ – Nicht mit uns!“. Bilder, Tonausschnitte und Redetexte gibt es auf der Website www.rettet-basel.ch



Kundgebung vom 17.12.11 gegen die verschleierte Besitzverhältnisse bei der BaZ.

Foto Daniel Nussbaumer

Parolen

Kantonale Abstimmungen vom 5. Februar 2012:

Kantonale Volksinitiative „Ja zu Parkraum auf privatem Grund“ (Parkraum-Initiative) sowie diesbezüglicher Gegenvorschlag des Grossen Rates vom 21.09.2011

kantonale Initiative „für einen sicheren Kanton Basel-Stadt“ (Sicherheitsinitiative)

(Details zu den Abstimmungen auf den Seiten 2 und 3)

Die Parolenfassung erfolgt an der Mitgliederversammlung vom 17. Januar und wird auf unserer Website publiziert.

Weitere Informationen und Details zu Veranstaltungen auf unserer Website:

www.gruene-bs.ch

Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- o **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.- (Reduktion für Erwerbslose)
- o **Ich interessiere mich für die Grüne Partei!** Bitte nehmt mit mir Kontakt auf
- o **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.--

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an: **Grüne Basel-Stadt, Güterstrasse 83, Postfach 1442, 4001 Basel**
E-Mail: sekretariat@gruene-bs.ch

Konto: **PC 40-19338-4**
Website: www.gruene-bs.ch